

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/34

Hannover, 29. April 1947
Telefon 20 9 51

Deutscher Gewerkschaftsbund

=====

F.S. Der auf der Tagung der Gewerkschaften in Bielefeld am 24. April 1947 gegründete Deutsche Gewerkschaftsbund steht von vornherein auf einer anderen Grundlage als seine Vorgänger, die zentralen Gewerkschaftsorganisationen aus der Zeit vor dem Naziregime. Er umfasst nicht nur Arbeitnehmer aller politischen Richtungen - das war auch das Ziel des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der weitest aus grössten Organisation bis 1933 - sondern auch Angestellte und Beamte neben den Arbeitern, und zwar ohne dass Raum für selbständige Angestellten- oder Beamtenverbände bleibt und er - seine weitaus bedeutungsvollste Stärke - ist nicht mehr die Summe einzelner Gewerkschaften, sondern der Ausgangspunkt, die Quelle der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse. Am Anfang der Bemühungen, die Arbeitnehmer im neuen demokratischen Deutschland wieder in Gewerkschaften zusammenzufassen, und nicht das Bestreben, die Holzarbeiter oder die Techniker, die Metallarbeiter oder die Friseure zu vereinigen und etwa eine Ethik der Arbeit der Angestellten, der Getränke- und Genussmittelindustrie zu entwickeln, sondern der Wille, eine konzentrierte Macht derer zu schaffen, die den Kampf um ihre Rechte, um Lohn und Brot, um ein menschenwürdiges und sinnvolles Dasein, um eine geordnete, gerechte und vernünftige Wirtschaft noch erst zu bestehen und zu gewinnen haben. Die Idee der allgemeinen, alle einschliessenden Gewerkschaft fand ihren Ausdruck auch in dem zunächst für grosse Gebiete in der britischen Zone gewählten Namen der "Allgemeinen Gewerkschaft". Auch die Änderung dieses Namens, die durch die Beschlüsse in Bielefeld nun endgültig ist und die Zustimmung aus allen Teilen des Reiches fand, verändert die Grundlage der neuen Organisation nicht. Sie ist vielmehr die Verwirklichung der Idee der Gesamtheit, der Ausdruck des einheitlichen Willens und der gemeinsamen Interessen der Arbeitnehmer; sie ist

nicht vor die Aufgabe gestellt, seine vorläufig tastende Bundespolitik zu treiben, die mehr auf die Spannungen im Innern als auf die Ziele und Pflichten in der Vertretung der Interessen sehen muss. Der Deutsche Gewerkschaftsbund kann und muss seine ganze Kraft der Auseinandersetzung zuwenden, die um eine neue Organisation der deutschen Volkswirtschaft geführt wird. Dass er es mit geballter Kraft kann, das ist der Vorzug, und kaum zu überschätzende Vorteil des neuen DGB.

Der Gewerkschaftsbund kann seine Aufgabe der unmittelbaren und konstruktiven Einflussnahme auf die Wirtschaftspolitik in Deutschland nur erfüllen, wenn er die sich ihm und seinen Zielen bietenden Chancen nüchtern abwägt. In seinen Reihen sollte es keine nennenswerten Meinungsunterschiede in der Frage geben, ob die Sozialisierung ein Ziel der Wirtschaftspolitik ist oder nicht. Wenn vereinzelt das Thema Sozialisierung noch als ein Bestandteil des Programms der SPD und damit als Parteiangelegenheit bezeichnet wird, so bestätigt eine solche Meinung zwar, dass die Sozialdemokraten die Konsequenzen aus einer unleugbar richtigen und sich darum verbreitenden wirtschaftspolitischen Erkenntnis gezogen haben, sie bedenkt aber nicht eine berechtigte Mahnung an die Gewerkschaften, sich etwa um ihrer Unabhängigkeit willen solchen Zielen fernzuhalten.

Da der DGB aus seiner Natur mehr ist als nur eine Vereinigung, die um höhere Löhne, um Betriebsvereinbarungen und individuelle oder kollektive Rechte kämpft, da ihm die Interessen seiner Mitglieder, ihre soziale und gesellschaftliche Lage und ihre rangmässige Stellung unter den Kräften, die das demokratische Deutschland errichten und tragen wollen und müssen, eine ursprüngliche Aktivität vorschreiben, so steht er vor der Aufgabe, der er nicht ausweichen kann, sich in der Ausübung der Kunst zu beteiligen, das Volk, die Gemeinschaft, den Staat zu führen, das heisst: Politik zu treiben. Er muss es in seinem Sektor, dem der ökonomischen Neugestaltung Deutschlands tun, ausschliesslich oder vornehmlich und muss dabei alle Zusammenhänge und Voraussetzungen beachten. Gewerkschaften sind unter Diktaturen unmöglich, mit dem Nationalismus marschiert der Krieg - das sind zwei Lehren, die wir in der Vergangenheit im eigenen Lande und in anderen Ländern eindrucksvoll erfahren haben. Mit diesem Wissen muss sich der DGB einschalten und kann den so entstehenden Verpflichtungen gegenüber nicht neutral sein. Das braucht ihn nicht zu hindern, unabhängig zu bleiben, und es wäre sogar nützlich, ihn seinem Interesse und in dem der Sache, wenn er sich immer eine echte Unabhängigkeit gegenüber allen Einflüssen bewahrt, die mit und ohne Absicht Politik mit Partei verwechseln. Seine, des DGB, Stellung ist unzweideutig auf der Seite der friedlichen, vernünftigen Wirtschaft, des Sozialismus, weil die neue Wirtschaftsordnung in Deutschland die einzige Chance der physischen und des nationalen Lebens des deutschen Volkes ist, für das die Gewerkschaften eine sichtbare, zukunftssträchtige Verpflichtung übernommen haben.

Der folgende Beitrag stellt den amerikanisch-russischen Gegensatz einmal unter Moskauer Perspektive dar. Wir identifizieren uns mit dieser Auffassung nicht, halten seine Veröffentlichung aber im Sinne der immer wieder erhobenen Forderung nach möglichst objektiver Darstellung gerade auch aussenpolitischer Probleme für angebracht. (Die Redaktion)

Russische Gesichtspunkte

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die in der Westzone übliche Betrachtungsweise der weltpolitischen Spannungen, insbesondere der zwischen den USA und Grossbritannien auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite, lehnt sich, begreiflicherweise zumeist sehr eng an die angelsächsischen Auffassungen an. Vielleicht ist es, um der Gefahr allzu einseitiger Urteilsbildung vorzubeugen, gut, diese Frage einmal unter dem anderen Aspekt, also dem russischen Gesichtswinkel zu sehen und auf Tatsachen hinzuweisen, die in diesem Zusammenhang manche Dinge in einem anderen Lichte erscheinen lassen.

So wäre es einmal erforderlich, aufzuzählen, was die Sowjetunion seit 1945 erreichte oder besser, wo sie erfolglos blieb. Sie hat zwar mancherlei gefordert, aber meist mit negativem Erfolg. Um mit Persien zu beginnen: Wenn vertragliche Vereinbarungen vorsahen, die Alliierten sollten Persien sechs Monate nach der Unterschriftung des japanischen Waffenstillstandes verlassen, so darf hierbei nicht vergessen werden, dass Persien den Engländern und Amerikanern gewisse Vorrechte zubilligte, die einer früher getroffenen Abmachung mit Russland entgegenstanden. Der Zar besass vor dem ersten Weltkrieg bestimmte Hebeitsrechte in der nordpersischen Provinz Aserbeidschan. Die Sowjets gaben diese Privilegien 1926 auf, um die unmittelbaren Nachbarn freundlich zu stimmen. Die daran geknüpften Bedingungen, den anderen Staaten keine Vorrechte zu gewähren, wurden von den Persern umgangen. 1946 wollte Russland vom Iran im Grunde nichts mehr, als dieses den beiden Westmächten längst gewährt hatte. Vor einiger Zeit sind persische Truppen wieder in die Nordprovinz einmarschiert. Die Sowjets haben zwar einen Öl-Vertrag, Tatsache ist aber, dass sie ihren unmittelbaren Einfluss verloren haben. Im Persien-Komplex haben die Russen einen klaren Rückschlag erlitten.

Bei der Abfassung der Friedensverträge mit den Satelliten-Staaten stand auch das Problem des Schiffahrtsregimes auf der Donau zur Debatte. Russland vertrat den Standpunkt, diese Frage sollte nur mit den Donauländern erörtert werden, die bekanntlich unter seinem Einfluss stehen. Die UdSSR musste sich jedoch bequemen, einer Internationalisierung der Donau zuzustimmen. Auch in dieser bedeutungsvollen Angelegenheit erreichte sie nicht ihre Ziele. Ebenso bekam Russland seine Reparationsforderungen an Italien im wesentlichen nicht bewilligt. Es darf aber nicht vergessen werden, dass Italiener in Charkow und in Minsk, nicht aber in Boston oder Manchester kämpften. Das demokratisch gewordene Italien half mit seinen Bataillonen in erster Linie den Westmächten. Das Verlangen Russlands, an der Verwaltung der italienischen Kolonien beteiligt zu werden, erregte allgemeinen Unwillen. Die russischen Opfer waren in diesem Kriege tatsächlich die grössten, es ist durchaus nicht verwunderlich, wenn es einen besonderen Anteil an der Beute erwartete. Die Verwaltung der italienischen Kolonien liegt aber in englischen Händen. Desgleichen ist die russische Politik hinsichtlich der Stadt Triest nicht erfolgreich gewesen. Triest hat ein internationales Statut bekommen, es wurde nicht jugoslawisch, wie es die Sowjets wünschten. Was die Dardanellen anbetrifft, so

bestehen sich hier die Russen seit Jahrhunderten um eine für sie günstigere Lösung. Immer wieder weisen sie darauf hin, dass sich auch Spanien mit der Festung Gibraltar zufrieden geben müsse. Es ist nicht zu bezweifeln, dass die Lebensinteressen der UdSSR gleichermaßen von der Kontrolle der Dardanellen abhängen. Die Sowjetunion hat trotz der zwiespältigen türkischen Haltung während der Dauer des 2. Weltkrieges, bisher nichts Positives an diesem neuralgischen Punkt seines Macht- und Sicherheitsstrebens erreicht.

Auf den Pariser Konferenzen hatten die Russen die Unterstützung der von ihnen unmittelbar beeinflussten Länder. Hier machten die Sowjets das bemerkenswerte Zugeständnis, 90 Tage nach der Unterzeichnung des italienischen Friedensvertrages ihre Truppen vom Balkan abzuziehen. Sie wussten sich zwar der Sympathien der Regierenden dieser Länder sicher - trotzdem ist es ein beachtlicher Rückzug, wenn man sich der anfänglichen Tendenzen der russischen Politik entsinnt. Auf den Vollversammlungen der UNO kristallisierten sich alsbald zwei Blöcke heraus, von denen derjenige des Ostens niemals die aktionsfähige Mehrheit erlangte. Man verübelte es sogar den Russen, wenn sie neben Polen, Jugoslawien und der Tschechei auch die Vertreter Weissrusslands und der Ukraine mit ihren Stimmen in der abgegrenzten Interessengemeinschaft wirken liessen. Dennoch wurden die Absichten der UdSSR immer wieder durchkreuzt.

Es soll in diesem Zusammenhang nicht verschwiegen werden, dass für viele Völker eindrucksvolle Gründe bestehen, einen Einfluss Sowjet-Russlands abzulehnen. Das wahre Prinzip der Demokratie, die Möglichkeit freier und geheimer Wahlen, die unabdingbaren Rechte der Menschen sind in Polen, Rumänien, Ungarn oder Bulgarien, wie einwandfrei erwiesen ist, nicht immer zur Geltung gekommen. Trotzdem muss man in der Darlegung der Verhältnisse der Sowjetunion zu den Westmächten die gefühlsmässige Einstellung von der realpolitischen trennen, wenn man zu einem sachlichen Urteil kommen will. Russland hat sich einen Kordon kleinerer Pufferstaaten geschaffen. Es gedenkt diesen Verteidigungsgürtel mit allen Mitteln zu halten. Wenn in den Motiven seiner heutigen Politik insbesondere das Misstrauen eine grosse Rolle spielt, so spricht dabei sicher mit, dass es auf dem Verhandlungswege von seinem Standpunkt aus wenig erreichen konnte. Schon die Fulton-Rede Churchills war eine diplomatische Offensive gegen Russland. Die Auslassungen des ehemaligen Premiers in Zürich und die Gründung der "Europäischen Union" mussten in russischen Ohren anders klingen als in westlichen, wieviel mehr ist das erst bei der Truman-Botschaft der Fall.

Die Sowjetunion hat bisher keine Kredite zum Aufbau seiner zerstörten Gebiete erhalten. Die psychologische Wirkung sowjetischer Forderungen war immer sehr stark, die realen Ergebnisse aber blieben bisher recht gering. Die Deutschen sollten sich darüber klar bleiben oder klar werden, dass Russland eine überragend wichtige politische und wirtschaftliche Realität ist. Der zukünftige Friedensvertrag wird nach deutschen Begriffen schlecht werden. Ein vertragsloser Zustand, der aus einer anhaltenden Uneinigkeit der Alliierten resultieren würde, dürfte jedoch noch wesentlich unangenehmer sein. Nur eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika wird Deutschland in jenen Zustand versetzen, in den es tatkräftig an seinen Aufbau gehen kann.

(b/B20/264/l/he)

Vom Auftrag der Berliner SPD

Ein Nachwort zum Parteitag

K.W. - Die Berliner Parteiorganisation konnte jetzt auf etwa ein Jahr selbständiger Tätigkeit zurückschauen, ein Jahr, das in der Geschichte der Sozialdemokratie ganz Deutschlands seinen besonderen Platz einnehmen wird. Es war das Jahr des harten und ungebeugten Kampfes um die politi-

schen Grundrechte, der freien Meinung, der freien Rede und des freien Handelns. Alles dies ist der Sozialdemokratie auf dem Berliner Boden sehr schwer gemacht worden: schwerer als allen anderen Parteien. Die Partei erntete für diesen ihren Kampf, der weit in alle Bevölkerungskreise vordrang, das ausserordentliche Votum vom 20. Oktober des Vorjahres. Doch sie musste sich seitdem dafür mit einer beispiellosen Mühsal von Verhinderungen, Hemmungen, Einsprüchen und Erschwernissen herumschlagen, die alle zusammen natürlich dazu angetan waren, die Arbeit der Partei überhaupt nicht zur Entfaltung kommen zu lassen. Wenn deshalb innerhalb der Partei bisweilen der verständliche Gedanke aufgekommen ist, die vielfach illusorisch scheinende Arbeit durch einen offenen Verzicht zu beenden, so hat dieser Parteitag ein umso deutlicheres Bekenntnis dafür abgelegt, trotz der bewussten und unbewussten Erschwernungen durch die Apparatur der Viermächteverwaltung es mit neuer Kraft und neuer Initiative zu versuchen.

Berliner Politik ist, dank der Anwesenheit der alliierten Kommandantur und des alliierten Kontrollrats in der Stadt, notwendig mehr als Kommunalpolitik. Das musste die Partei selbst erfahren, indem ihr eigener kommunaler Fachmann Dr. Ostrowski als Oberbürgermeister der Stadt in dem weltpolitischen und diplomatischen Zusammenfluss der Auffassungen und Notwendigkeiten nicht ausreichte. Die Referate des Parteitags zogen deshalb fast durchweg die grössere politische Linie, aus der sicheren Erkenntnis, dass alle kommunale Politik der Stadt die grössere weltpolitische Perspektive braucht.

Dass die Frage des Verbots der SPD in der Ostzone auf dem Berliner Parteitag eine grosse Rolle spielte, versteht sich. Man war sich einig darüber, dass die Wiedezulassung erst wieder gefordert werden könne, wenn in der Sowjetzone wirklich demokratische Bedingungen für die politische Arbeit möglich sein würden. In diesen Sinne wurden in der Diskussionen immer wieder Forderungen laut, neben die getarnten neutralen Organisationen wie den Kulturbund, die in Wirklichkeit kommunistische Verbände sind, eigene Gruppen zu setzen.

Aus allen Erörterungen ging hervor, dass die Sozialdemokratie in Berlin einen Kampf nach vielen Richtungen hin zu führen hat, der an die Spitze den Kampf um die demokratischen Rechte des Menschen stellen musste. Darüber hinaus aber hat sie es mit allen vier Mächten zu tun und mit dem Misstrauen einer Besatzungsmacht im Besonderen. Sie muss, um ihre Ziele zu erreichen, oft Wege einschlagen, die von der breiteren Öffentlichkeit vielfach nur schwer zu verstehen sind, weil ihr die Kontrollratsgesetze und die Grenzen der Selbstverwaltung, wie sie jeder neue Beschluss der Viermächtekommandantur aufrichtet, ständig beträchtliche Beschränkungen auferlegen. Sie hat den Anschluss an die Gesamtpartei vollzogen und damit den Anspruch und die Verpflichtung übernommen, in der prekären Berliner Atmosphäre die Sache der Sozialdemokratie verantwortlich zu vertreten. Ollenhauer vom Parteivorstand in Hannover hat der Berliner Partei diese Sonderstellung und diese Aufgaben ausdrücklich bestätigt. Und die Fülle der Berliner Probleme macht es notwendig, dass die Berliner Partei in besonderer Masse Köpfe und Fähigkeiten braucht, um die hier für ganz Deutschland wichtig werdenden Aufgaben jeweilig aus der anfallenden Berliner Situation her zu lösen. Diese Probleme werden aber jetzt umso schwieriger als in Moskau keinerlei Einigung über die wirtschaftliche und politische Einheit Deutschlands erzielt werden konnte. Die Berliner Sozialdemokratie tritt also nunmehr in einen Arbeitsabschnitt ein, der von noch grösserer Wichtigkeit für ganz Deutschland wird als der, in dem sie die politische Handlungsfreiheit erkämpft hatte. Sie kann in diesem Abschnitt nicht so sehr darauf sehen, dass ihre Politik populär ist, als darauf, dass sie für ein nicht immer leicht erkennbares Ziel der Bevölkerung die Wahrung der politischen Rechte unter allen Umständen sicherstellt. (b/BL7/294/1/he)

Der Spaltungsplan der SED

Aufklärung durch den Landesvorstand Sachsen

Am 16. und 17. April 1947 fand in Ottendorf/Sa. eine Sitzung des Landesvorstandes der SED Sachsen statt. In dieser Sitzung wurde über eine kurz zuvor im Berliner Zentralsekretariat der SED stattgefundene Besprechung berichtet.

In dem Bericht wurde angekündigt, dass nach dem Verlauf der Moskauer Konferenz in der nächsten Zeit mit Einsetzung einer Zentralregierung zu rechnen sei. Die SED müsse deshalb ihre Taktik auf die neue Lage einstellen. Es komme darauf an, verstärkten Einfluss auf die künftige Zentralregierung zu erhalten. Die SED beabsichtige deshalb, ab sofort auch in den Westzonen Stützpunkte und Positionen zu erobern. Es sollen möglichst in allen Städten und Orten Ortsgruppen der SED gegründet werden. Im Zentralsekretariat besteht Klarheit darüber, dass diese Absichten der Führung der SED in der Haltung und Treue der Arbeiterschaft zur SPD im Westen auf Ablehnung und grosse Schwierigkeiten stossen werden. Die SED müsse deshalb ihre besondere Aufgabe darin sehen, die SPD in den Westzonen zu spalten. Um möglichst sofort Zugang zu den Anhängern und Mitgliedern der SPD zu erhalten, sollen aus der Ostzone jetzt vor allem ehemalige Mitglieder der SPD als Redner nach den Westzonen gehen. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde auch berichtet, dass in der KPD und in der SED gewisse Links-abweichungen bestehen. Es sei deshalb damit zu rechnen, dass ein Teil bei der KPD beharren werde.

Otto Buchwitz, der Vorsitzende der SED in Sachsen äusserte sich dahin, dass die SPD auch in der Ostzone zugelassen werde. Gegen die Elemente, die sich für die SPD einsetzen, müsse vorgegangen werden. Die Partei sei deshalb schon jetzt auf die kommenden Auseinandersetzungen vorzubereiten. Er für seine Person sei jedoch gewillt, den Kampf sachlich zu führen und man solle von ihm nicht erwarten, dass er sein früheres Nest beschmutzen werde.

Diese "versöhnlichen" Äusserungen des Vorsitzenden Buchwitz stehen in direktem Gegensatz zu früheren Äusserungen von ihm, wo nach die SPD nie wieder kommen werde und jeder, der sich gegen die SED stelle, sein persönlicher Feind sei. (b/3L/294/1/he)

Die kommunistischen Minderheiten

In London hat vor einiger Zeit eine Konferenz der kommunistischen Parteien aller Teile des britischen Imperiums stattgefunden, auf der die Kommunisten graphisch illustrierte Tabellen über die Stärke (oder Schwäche) der kommunistischen Parteien in allen Ländern der Erde vorführten. Nach ihren eigenen Angaben ergeben sich folgende Ziffern:

Als die stärkste kommunistische Partei in allen 67 Ländern der Welt, in denen es Kommunisten gibt, wird natürlich die sowjetrussische kommunistische Partei angegeben mit 6 Millionen Mitgliedern. Danach folgt Italien mit angeblich 2,2 Mill., dann Frankreich mit 1,3 Mill. Mitgliedern. Alle sechzehn kommunistischen Parteien der lateinamerikanischen Länder werden mit einer Gesamtmitgliederszahl von 491.000 angegeben, wovon die KP in Brasilien die stärkste mit 130.000 Mitgliedern ist. - In den beiden grössten kapitalistischen Ländern sind die Kommunisten erstaunlicherweise am schwächsten. In London wurde die Mitgliederzahl der kommunistischen Partei in den Vereinigten Staaten mit 74.000 angegeben, und die KP in Grossbritannien hat gar nur 43.000 Mitglieder, was gegenüber der letzten solchen Parteitagung einen Verlust von 10.000 Mitgliedern darstellt. - Die sog. "Sozialistische Einheitspartei Deutschlands" wurde als "auf dem Wege zum Kommunismus befindlich" mit registriert. ("Neue Volkszeitung", New York)

Verantwortlich: Fritz S ä n g e r, Hannover